

KREISSTADT METTMANN Der Bürgermeister		Drucksachennummer 142/2014																																
Fraktionsantrag																																		
Bildung, Jugend und Soziales	öffentlich	☒																																
Hinterthür, Astrid	nicht öffentlich	☐																																
Gremium: Rat der Kreisstadt Mettmann	TOP-NR: 5.e	Datum: 08.04.2014																																
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.04.2014 hier: Verabschiedung einer Resolution des Rates zur Fortführung der Schulsozialarbeit in Mettmann																																		
Finanzielle Auswirkungen Kosten Produkt Haushaltsjahr Folgekosten Haushaltsmittel stehen zur Verfügung ☐ ja ☐ nein Deckungsvorschlag																																		
<u>UMWELTBELANGE</u> werden besonders berührt im Bereich: ☐ Abfall ☐ Wasserhaushalt ☐ Klima ☐ Boden ☐ Natur- und Artenschutz ☐ Emissionen / Immissionen																																		
BESCHLUSSVORSCHLAG Nach dem Ergebnis der Beratungen.																																		
<u>Abstimmungsergebnis:</u> <table> <thead> <tr> <th></th> <th>Ja</th> <th>Nein</th> <th>Enthaltungen</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>CDU</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bündnis 90 – Die Grünen</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>UBWG</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Die Linke</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bürgermeister</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>				Ja	Nein	Enthaltungen	CDU				SPD				Bündnis 90 – Die Grünen				FDP				UBWG				Die Linke				Bürgermeister			
	Ja	Nein	Enthaltungen																															
CDU																																		
SPD																																		
Bündnis 90 – Die Grünen																																		
FDP																																		
UBWG																																		
Die Linke																																		
Bürgermeister																																		

Verwaltungserläuterung:

Der von der SPD vorgeschlagene Resolutionsentwurf ähnelt der Resolution, die der Rat der Stadt Ratingen am 25. Februar 2014 beschlossen hat.

Der Sachverhalt stellt sich wie folgt dar:

Der Kreis gibt die bisher nicht verausgabten Mittel für die Schulsozialarbeit an die kreisangehörigen Städte weiter. Unter Berücksichtigung der bisher vorliegenden Meldungen entfallen auf die Stadt Mettmann Restmittel in Höhe von 31.241,35 €.

Das Land NRW (Minister für Arbeit, Integration und Soziales) hat die kreisfreien Städte und Kreis gebeten, die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit sicherzustellen und hierfür auch Restmittel der Bundesfinanzierung aus den Leistungspaketen aus dem Jahr 2011 zur Verfügung zu stellen.

Für die Restmittel der Bundesfinanzierung aus 2011 (Leistungspakete) ist beim Kreis keine Rückstellung erfolgt. Das Geld ist in den Haushalt geflossen; insoweit wurde die Kreisumlage entsprechend reduziert. Für die Folgejahre (ab 2012) wurde keine Rückstellung gebildet, da die Mittel der Revision unterliegen.

Es gibt erhebliche rechtliche Bedenken, Mittel aus den Leistungspaketen 2011 nunmehr für die Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit über 2013/2014 hinaus, einzusetzen. Diese Mittel unterliegen der Überprüfung durch den Bundesrechnungshof. Der Kreis vertritt -entgegen der Auffassung der Landesministerien- die Auffassung, dass die Mittel aus den Leistungspaketen 2011 nicht für die Weiterführung der Schulsozialarbeit verwendet werden können. Im Übrigen könne das Land nicht über Mittel des Bundes verfügen; letztlich bleibt der Kreis in der Rechenschaftsverpflichtung gegenüber dem Bund.

Insofern wird der Kreis über die Mittel der Schulsozialarbeit hinaus keine weiteren Mittel aus der Bundesfinanzierung 2011 zur Verfügung stellen.

Der Jugendhilfeausschuss hat die Verwaltung in der Sitzung am 28.11.2013 aufgefordert –im Hinblick auf die ungeklärte Finanzierung der Schulsozialarbeit durch den Bund- ein Konzept vorzulegen, wie viel Personal für die Fortführung der Sozialarbeit an Schulen notwendig ist. Dieses Konzept - verbunden mit der Aussage, dass hierfür 1,5 bisher nicht im Stellenplan vorhandene Stellen benötigt würden -, hat die Verwaltung am 13. März 2014 dem Jugendhilfeausschuss vorgelegt.

Bisher wurden 2,45 Stellen bereitgestellt, die befristet eingerichtet, durch Bundesmittel finanziert und nicht im Stellenplan enthalten sind.

Die 1,5 Stellen für Schulsozialarbeit sind in der Änderungsliste zu den Haushaltsplanberatungen seitens der Verwaltung berücksichtigt.